

Rede Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende

Stadtverordnetenversammlung

Wiesbaden, 31. Oktober 2019

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke den Fraktionen von CDU und SPD dafür, dass wir das Thema Rechtsextremismus heute hier behandeln, denn es gibt großen Bedarf darüber zu reden. Viele Jahre lang haben sich Demokratinnen und Demokraten hinter der Überschrift „wehret den Anfängen“ versammelt. Heute sind es längst nicht mehr Anfänge. Heute muss es heißen, wehren wir uns gegen diejenigen, die offenkundig oder subtil unseren Staat verändern wollen.

Wehren wir uns gegen die, die offen Gewalt predigen oder anwenden.

Und wehren wir uns gegen die, die Rassismus, Antisemitismus, Homophobie salonfähig machen wollen.

Wir dürfen nicht widerspruchslos zusehen, wenn extremistisches Gedankengut durch immer neue Provokationen und Grenzverletzungen, wie ein schleichendes Gift Zug um Zug die gesellschaftlichen Debatten einsickert. Hier ist immer wieder ein klares Stoppsignal der Demokratinnen und Demokraten gefragt.

Der Angriff auf die Synagoge in Halle war ein Schock. Ebenso die Ermordung von Regierungspräsident Walter Lübcke, den ich seit vielen Jahren persönlich kannte. Der NSU hat bereits von 1999 bis 2007 seine Anschläge und Morde verübt und heute wird eine Frankfurter Anwältin mit Drohschreiben eines NSU 2.0 bedroht.

Die Zahl rechtsextrem motivierter Straftaten in Hessen belief sich 2018 auf 600 – Propagandadelikte, Volksverhetzung und Gewalt. Und auch das ist nicht neu, sondern bewegt sich auf einem Niveau der vergangenen Jahre. Bundesweit ist auch die Zahl antisemitischer Straftaten angestiegen. Hessenweit werden rund 1500 Rechtsextremisten gezählt, davon rund 600 gewaltorientierte.

Am Dienstag hatten wir hier im Rathaus das Gespräch mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften. Und gerade die Schilderungen der jüdischen Gemeinde gingen unter die Haut. Wenn „du Jude“ als Schimpfwort auf dem Schulhof benutzt wird, wenn eine Halskette mit Davidstern Anlass ist, bespuckt zu werden, wenn eine Gemeinde nur unter Polizeischutz ihre Gottesdienste feiern kann und ihre Jugendarbeit ebenfalls geschützt werden muss, dann sind das nicht nur

Alarmsignale. Sondern es sind die Zeichen einer ganz konkreten Bedrohung, einer ganz konkreten Angst.

Der Anschlag in Halle hat gezeigt, wie berechtigt diese Angst ist. Und wir trauern heute auch um die Opfer dieses Anschlags. Auch die Menschen, die körperlich unbeschadet den Angriff überstanden haben, sind Opfer, die unser Mitgefühl erwarten können. Und wenn ein AfD-Politiker dieses geplante brutale Verbrechen als Sachbeschädigung abtut, dann ist das eine widerwärtige Verharmlosung.

Die Sorge vor rechtsextremer Gewalt treibt auch viele andere Menschen um, die sich davon bedroht fühlen. So sucht die Sinti-Union Hessen nach einem anonymen Umfeld für Beratungen, um Bedrohungen zu vermeiden. Und nach vielen Angriffen auf Moscheen, zuletzt ein Brandanschlag in Dortmund, gibt es auch dort begründete Angst. Auch das war vorgestern im Gespräch mit den Religionsgemeinschaften ein Thema.

Die Betroffenen fühlen sich nach meinem Eindruck oft allein gelassen. Auch deshalb ist eine Debatte wie die heutige wichtig: Sie ist ein Zeichen der Solidarität mit all jenen, die von Extremen bedroht werden.

Lassen Sie mich noch einmal auf das Thema Antisemitismus kommen. Es gibt keinen schlimmen oder weniger schlimmen Antisemitismus. Es gibt keinen Antisemitismus-light, den man dulden oder ertragen könnte. Und ich wünschte mir, dass dieser Gedanke auch in der die Debatte über die Namensgebung der Pfitzer-Straße berücksichtigt wird.

Wie kann eine kommunale Strategie gegen Rechtsextremismus aussehen? Auf den ersten Blick könnte man ja vermuten, dass nur Landesbehörden zuständig sind: Für Gefahrenabwehr die Polizei, für Strafverfolgung die Staatsanwaltschaft, für geheimdienstliche Aufklärung das Landesamt für Verfassungsschutz und für Bildung die Schulen.

Aber natürlich agieren diese Landesbehörden nicht losgelöst von der Stadt, sondern mit ihr und in ihr. Und im Vorfeld der heutigen Diskussion habe ich mich zum Beispiel vom Landeskriminalamt über das aktuelle Lagebild informieren lassen. Unsere städtischen Ordnungskräfte und das Ordnungsdezernat von Dr. Franz arbeiten auch eng mit der Landespolizei zusammen. Insofern werden wir uns bei der Beantwortung der Fragen im vorliegenden Antrag zu den ersten beiden Fragen mit der Landespolizei abstimmen.

Der Schwerpunkt als Kommune kann aber nicht in der Sicherheitspolitik liegen, sondern unsere Aufgabe ist der gesellschaftliche Zusammenhalt. Wiesbaden als Stadt der Vielfalt in der viele Religionen friedlich miteinander leben, in der Hass geächtet wird und in der Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Hautfarbe oder geschlechtlicher Orientierung keinen Platz hat. Eine Stadt des solidarischen Miteinanders, in dem Schwache nicht gegen vermeintlich noch Schwächere aufgehetzt werden, sondern alle Menschen Chancen und Perspektiven haben.

Die wichtigsten Themen sind für mich dabei Bildungsarbeit und Erinnerungskultur. Fast jeden Tag, wenn ich zu Fuß in der Stadt unterwegs bin, sehe ich die Stolpersteine, die an jüdische Opfer erinnern. Fast täglich fahre ich entlang des Denkmals „Namentliches Gedenken“ auf dem Michelsberg vorbei. Diese Elemente der Erinnerungskultur, wie auch das Deportationsmahnmal am Schlachthof, sind für mich wichtige Haltepunkte, um dem Vergessen zu widerstehen.

Noch wichtiger ist sicher Bildungsarbeit. Gerade Spiegelbild leistet mit dem Anspruch, Geschichte erleben durch den Bezug zum eigenen Leben, eine wichtige Arbeit. Ausstellungen wie „Deine Anne“, Bildungsangebote für Erwachsene – Lehrerinnen und Lehrer und andere Multiplikatoren, Workshops für Jugendgruppen und Schulklassen.

Jugendliche zu informieren und aufzuklären scheint mir die wichtigste Aufgabe, bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Wir brauchen keine 180-Grad-Wende in der Erinnerungskultur wie von einem AfD-Politiker gefordert. Solchen Verharmlosungen und Umdeutungen, die den Boden bereiten für Hass und Hetze, gilt es durch Bildung, die Kopf und Herz junger Menschen erreicht, zu begegnen.

Und schließlich ist eine aktive Sozialpolitik ein entscheidender Beitrag zur Prävention von Extremismus. Auch hier spielt die Kommune eine zentrale Rolle und Christoph Manjura nimmt diese Aufgabe beherzt an. Soziale Bedarfslagen erkennen und darauf eingehen und damit Spaltern den Boden entziehen, auch darum geht es.

Am Ende bleibt aber als großes Thema vor allem die Verpflichtung Stppp zu sagen. Und so verstehe ich den heutigen Antrag und die heutige Debatte. Ein Stoppschild für alle, die die Werte unseres Grundgesetzes nicht teilen. Und die klare Ansage: Ihr seid nicht die Mehrheit, wir die Demokraten sind es.